

ZWEITE HATTTENHEIMER RESOLUTION VOM 16. JULI 1948

Am 16. Juli 1948 fand in Hattenheim eine erweiterte Vorstandssitzung der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 statt. Ausgangspunkt der Erörterungen waren die Vorschläge, die den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder am 1. Juli d.J. durch die Militärgouverneure der westlichen Besatzungszonen übermittelt worden sind. Sie führten zu einer Abklärung der Meinungen darüber, welche Auffassung von deutscher Seite angesichts der erneuten, bedrohlichen Zuspitzung der weltpolitischen Lage zum Ausdruck zu bringen ist. Die Beratungen schlossen mit der nachstehend wiedergegebenen Stellungnahme:

- I. Gelingt es, die augenblickliche Gefahr zu bannen, so kommt alles darauf an, daß die Völker der westlichen Welt, der auch wir zugehören, eine neue, gemeinsame Initiative entwickeln, die den Frieden sichert. Hierzu genügt nicht die Proklamation der staatspolitischen Freiheit. Vielmehr gilt es gleichzeitig, die sozialen Gegensätze zu überbrücken und damit innerhalb der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Freiheit als Allgemeingut bestehen kann.

Notwendig ist es, das Sozialprodukt so weitgehend zu steigern und die nichtbesitzenden Schichten an dem erhöhten Ertrage der gesellschaftlichen Arbeitsleistung so umfangreich zu beteiligen, daß sich ihre Entproletarisierung vollzieht.

Dies Ziel ist erreichbar, wenn die Wirtschaftspolitik allseitig vom nationalwirtschaftlichen Protektionismus in Richtung auf eine ungehemmte weltwirtschaftliche Arbeitsteilung umgestellt wird. Sonst nicht.

Ist diese Wendung geschehen, so verankert das Abendland die Freiheit im Gefüge der Ökonomie und erhebt die Utopie von gestern zur Wirklichkeit. Dies würde auch jenseits des „Eisernen Vorhangs“ die Kräfte aktivieren, die dem Ausgleich zustreben. Die erlösende Entspannung wäre da.

- II. Nach dieser Konzeption handeln kann nur, wer frei und selbstverantwortlich ist. Die Vorschläge der Militärgouverneure vom 1. Juli d.J. bringen uns und unseren politischen Organen diese Freiheit nicht. Die beabsichtigte Neugestaltung des Besatzungsregimes muß in einer für beide Seiten rechtsverbindlichen Form die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

1. Vordringlich ist die Wiederherstellung der Grundrechte der Persönlichkeit.
2. Ein gesundes öffentliches Leben ist undenkbar ohne Freiheit der Meinungsbildung wie der Meinungsäußerung. Alle direkten und indirekten Beschränkungen der persönlichen Freizügigkeit, auch über die Landesgrenzen hinaus, der Nachrichtenübermittlung im Weltmaßstabe, der Pressefreiheit, der wissenschaftlichen Forschung und der Vereinigungsfreiheit müssen fallen.

ZWEITE HATTTENHEIMER RESOLUTION VOM 16. JULI 1948

3. Unerläßliche Vorbedingung für die Entfaltung der aufbauwilligen Kräfte ist der Übergang aller Verantwortlichkeit im Bereich der Gesellschafts-, der Wirtschafts- und der Finanzpolitik in deutsche Hände. Das begreift in sich die Autonomie hinsichtlich der heimischen Produktionsmittel, der Wirtschaftsführung, des Güteraustauschs mit der Außenwelt sowie des Geld- und Kapitalverkehrs. Eine Politik, die dieser Befugnisse und insbesondere der Fähigkeit enträt, die heilsame Kraft des Wettbewerbs lebendig werden zu lassen, bleibt impotent. Unsere sozialökonomische Selbstbestimmung beeinträchtigt kein legitimes fremdes Selbstinteresse. Wir scheuen keinen Einblick der Besatzungsbehörden in unsere Wirtschaftsgebarung. Wir haben uns aber gegen seinen Missbrauch durch illegitimes Interessentum zu schützen.
 4. Eine Abgrenzung der Kompetenz von Besatzungsmacht und deutscher Verwaltung ist praktisch nur dann gesichert, wenn ihre Wahrung einer Institution anvertraut wird, die gegenüber der Exekutive unabhängig ist. Gegen jede Intervention einer Besatzungsbehörde muß deshalb die Berufung an eine richterliche Instanz zugelassen sein.
- III. Die Zusammenfassung der Länder zu einer ihnen übergeordneten Verwaltungseinheit ist notwendig. Die Bildung eines Staates dagegen nicht möglich, bevor unsere Freiheit in dem dargestellten Rahmen garantiert ist.

Die Zeit der Nationalismen und Imperialismen ist vorüber. Sollen die Worte, die schon lange über die Wahrung der abendländischen Kultur gewechselt werden, schließlich Inhalt bekommen, so haben wir die Evolution zum Übernationalen aus dem Stadium des zaghaften Erwägens in das des selbstgewissen Handelns zu überführen. Die hierzu notwendige Unbefangenheit gewinnt nur, wer den Blick löst von dem, was geschehen, aber vergangen ist. Unser Entschluß ist gefaßt.

Die Haltung unserer vormaligen Gegner ist bisher nicht von derselben Klarheit. Sie erkennen Deutschlands Erholung als eine der Bedingungen, von denen der allgemeine Neuaufbau abhängig ist.

Gleichzeitig befürchtet man indessen, ein wiedererstarkendes Deutschland werde die allgemeine Sicherheit bedrohen oder durch lästigen Wettbewerb stören. Zwischen diesen beiden Auffassungen gibt es keinen Kompromiß, sondern nur eine Entscheidung.

Möge sie in dem Sinne fallen, den das gemeinsame Interesse gebietet.